



Kommunale Verwaltungen sollen als Vorbilder fungieren, wenn es um nachhaltiges und zukunftsorientiertes Energiemanagement geht. Besonders kleine Kommunen scheuen sich leider oft noch davor.

Kommunen müssen Vorbild werden

Über den Klimaschutz in Baden-Württemberg

Auch wenn die aktuelle Ausnahmesituation dazu verleitet andere Themen in den Hintergrund zu drängen: Beim Intensivpatienten Klima können wir es uns nicht leisten, eine Behandlungspause einzulegen. Viele Maßnahmen wurden zwar bereits angestoßen, doch diese sind nur erste Behandlungserfolge. Um die Ziele des Pariser Klimaabkommens erreichen zu können, dürfen wir nicht nachlassen in den Anstrengungen für mehr Klimaschutz.

Die Rahmenbedingungen, die die Bundesregierung bisher geschaffen hat, sind gemischt zu bewerten. Die Einführung des CO₂-Preises war zwar ein guter Schritt, jedoch ist er zu tief angesetzt. Der Kohleausstieg ist beschlossen, dauert jedoch zu lange und nimmt die klimaschädlichsten Braunkohlekraftwerke später vom Netz als die deutlich neueren Steinkohleblöcke, die zudem durch die Produktion von Fernwärme den Brennstoff besser ausnutzen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien stockt; insbesondere Windkraft stößt auf verschiedene Hindernisse – nicht zuletzt die Bürgerproteste, die die Fortentwicklung deutlich bremsen. Und das Gebäude-Energie-Gesetz

glänzt zwar durch gute Vorsätze, ist jedoch zu anspruchlos, um eine deutliche Veränderung anzustoßen.

Gleichwohl gibt es positive Nachrichten: Die vor einigen Monaten eingeführten Verbesserungen der Förderkulisse im Gebäudebereich sind positiv zu werten. Der 52-Gigawatt-Deckel für Photovoltaik, der bisher als Investitionshemmnis galt, wird aller Voraussicht nach zeitnah abgeschafft. Durch die Kostendegression in den letzten Jahren ist Photovoltaik wirtschaftlich interessanter denn je, insbesondere dann, wenn der erzeugte Strom den Eigenbedarf deckt. Im Verkehrsbereich

lassen konsequente Maßnahmen zwar weiter auf sich warten, aber es gibt spür- und sichtbare Verbesserungen mit Blick auf Fahrradverkehr, Car-Sharing-Modelle sowie die Förderung von E-Mobilität als klimafreundliche Alternative zum eigenen PKW.

BADEN-WÜRTTEMBERG IM FOKUS

Bei einem Blick durch die Klimaschutzbrille auf Baden-Württemberg rückt das Klimaschutzgesetz in den Mittelpunkt. Es trat bereits vor sieben Jahren in Kraft. Seine Ziele will die Landesregierung mithilfe des integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts erreichen. Sowohl Gesetz als auch Konzept werden aktuell fortgeschrieben. Neben Minderungszielen – etwa die Reduzierung der CO₂-Emissionen um 90 Prozent bis 2050 – benennt das Gesetz ausdrücklich die Vorbildfunktion, die der öffentlichen Hand zukommt. Sich selbst hat das Land deshalb zum Ziel gesetzt, bis 2040 die gesamte Verwaltung weitestgehend klimaneutral zu organisieren.

Ebenfalls fortgeschrieben werden soll der Klimaschutzpakt, den das Land 2015 mit den



Photovoltaik ist in Baden-Württemberg die am besten ausgebaute erneuerbare Energien-Quelle – und wird es wahrscheinlich bleiben, denn die Lösung ist wirtschaftlich interessanter denn je.

kommunale Landesverbänden geschlossen hat: Kommunen können eine unterstützende Erklärung unterzeichnen, die eine Selbstverpflichtung zu weitergehenden Klimaschutzaktivitäten beinhaltet. Hier ist noch Luft nach oben: Zwar haben rund 250 Städte, Gemeinden und Landkreise diese Erklärung bisher unterzeichnet, die Mehrzahl der Kommunen im Land jedoch noch nicht. Jede Kommune hat noch einen anstrengenden Weg vor sich hin zur klimaneutralen Kommune.

Pro Kopf sanken die gesamten energiebedingten Treibhausgasemissionen im Land von 1990 bis 2017 um knapp 20 Prozent. Berücksichtigt man jedoch den Bevölkerungszuwachs, so schmilzt dieser Wert auf rund zehn Prozent. Beachtenswert ist, dass die Industrie in diesem Zeitraum einen Rückgang um gut 20 Prozent verzeichnen konnte, die verkehrsbedingten Emissionen aber gleichzeitig um zehn Prozent angestiegen sind. Im Bereich Mobilität besteht also dringender Handlungsbedarf.

Was die Deckung des Bruttostromverbrauchs durch die erneuerbaren Energien anbetrifft, bleibt Baden-Württemberg mit knapp 28 Prozent deutlich hinter dem bundesweiten Durchschnitt von 38 Prozent zurück. Hier zeigen sich die Folgen der restriktiven Politik der früheren Landesregierung hinsichtlich des Ausbaus der Windenergie. Auch bundesweit ist dieser beinahe vollkommen zum Stillstand gekommen. Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien hat sich im Land in den letzten zwanzig Jahren um das 2,7-fache erhöht, während bundesweit eine Steigerung auf das 6-fache zu beobachten ist.

Im Wärmesektor ist der Anteil an erneuerbaren Energien mit 16 Prozent zwar deutlich niedriger als im Stromsektor, dafür liegt er etwas über dem Bundesdurchschnitt von 14 Prozent. Der Großteil der Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Energien, die sich seit 2000 etwa verdoppelt hat, stammt aus Holz. Solarthermie und Umweltwärme hingegen leisten bisher nur einen Beitrag von weniger als zehn Prozent. Hier besteht ein großes Ausbaupotential.

KOMMUNEN ALS VORBILDER IN DER PFLICHT

Kommunen können und müssen zu Vorreitern in Sachen Klimaschutz werden. Dabei rücken die kommunalen Liegenschaften, der Fuhrpark aber auch die umweltfreundliche Beschaffung in den Fokus. Zwar betreiben rund 400 Kommunen bereits Energiemanagement, doch nur etwa die Hälfte davon hat Personal für diese Aufgabe eingestellt. So erreicht der Prozess nicht immer eine hohe Qualität. Besonders kleinere Kommunen können vielfach noch relativ einfach wirtschaftliche Klimaschutzmaßnahmen erschließen.

Hierfür entwickelte die KEA-BW gemeinsam mit drei weiteren Landesenergieagenturen das kommunale Energiemanagement-System Kom.EMS. Dieses Werkzeug unterstützt Kommunen bei ihrem Energiemanagement und sichert dessen Qualität. Nach der Einführungsphase im vergangenen Jahr beginnt aktuell die flächendeckende Verbreitung im Land. Inzwischen verfolgen immer mehr Kommunen systematische Ansätze: Sie lassen vom Bund geförderte, integrierte Klimaschutzkonzepte erstellen, die sektor-übergreifend die gesamte Kommune betrachten und mittel- bis längerfristige Klimaschutzstrategien aufzeigen. Auch die energetische Quartierssanierung fördert der Bund seit 2011 und viele Kommunen führen sie bereits durch. Baden-Württemberg ist hier mit mehr als 300 solcher Konzepte bundesweit führend. Vielfach wurden spezielle Personalstellen neu geschaffen, was für die erfolgreiche Umsetzung unerlässlich ist.



VOLKER KIENZLEN

Geschäftsführer der Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH (KEA-BW)



Windenergie hingegen hat lange unter der restriktiven Politik der Landesregierung und anderen Hemmnissen wie Bürgerprotesten gelitten und ist in Baden-Württemberg bisher nicht so stark ausgebaut wie andernorts.

UNTERSTÜTZUNG UND FÖRDERUNG

In Baden-Württemberg besteht ein annähernd flächendeckendes Netzwerk regionaler Energieagenturen. Sie stehen Bürgern, Kommunen und Unternehmen beratend zur Seite und initiieren vielfältige Klimaschutzprojekte. Auch das bei der KEA-BW angesiedelte Programm ‚Zukunft Altbau‘ bietet landesweit Erstberatung für Hausbesitzer in Sachen energetischer Modernisierung sowie fachliche Unterstützung für Planer und Handwerk. Denn die Sanierungsrate im Gebäudebestand ist mit weniger als einem Prozent immer noch viel zu niedrig und muss für eine erfolgreiche Klimazukunft deutlich steigen. Die entsprechenden Förderprogramme wurden zwar deutlich attraktiver, dennoch fehlt es an Kapazitäten im Baugewerbe, das momentan mit dem Neubau von Wohnungen ausgelastet ist.

Die zahlreichen Förderprogramme von Bund und Land werden im Übrigen sehr uneinheitlich in Anspruch genommen: Die Unterschiede zwischen einzelnen Landkreisen sind teilweise erheblich: In einzelne Kreise fließen 20mal mehr Fördermittel als in andere. Dabei haben diese Mittel einen signifikanten Einfluss auf die Wirtschaftsleistung des jeweiligen Landkreises. Insbesondere kleine Kommunen sollten sich daher nicht scheuen, die Beratungsangebote ihrer Energieagenturen vor Ort zu nutzen oder sich direkt an die KEA-BW zu wenden.

AUSSICHT UND EINSICHT

Baden-Württemberg befindet sich auf einem guten Weg. Etliche Kommunen haben noch Potential, der zukunftsfähigen und nachhaltigen Entwicklung mehr Schwung zu verleihen.

Eine solche Entwicklung verbessert die Lebensqualität in der Kommune, senkt Schadstoff- und Lärmemissionen und macht sie so für die Bürger attraktiver. Die Vorbildrolle der Kommune führt dazu, dass auch Bürger verstärkt in Klimaschutzmaßnahmen investieren und dient letztlich der Wirtschaftsförderung. Strategisch geplanter Klimaschutz lohnt sich für jede Kommune. Energiemanagement sollte fester Bestandteil kommunalen Handelns werden. Contracting dient dazu, investive Maßnahmen auch bei schwierigem Kommunalhaushalt umzusetzen. Jeder Kommune und jedem Bürger sollte klar werden, dass sich

Klimaschutz lohnt, aber nur gelingen kann, wenn alle an einem Strang ziehen.

Die derzeitige Corona-Pandemie hat eine schlagartige Beeinträchtigung unseres Lebens bewirkt. Wir wissen nicht, wie das die Gesellschaft dauerhaft verändern wird. Vielleicht schaffen es die ungewohnten Einschränkungen, dass sich hinsichtlich des Klimaschutzes eine langfristige und dringend notwendige Neuorientierung mit Blick auf die Ressourcennutzung und das Konsumverhalten vollzieht. Das wäre ein bedeutender Schritt nach vorne.

Die KEA Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH

ist die Energieagentur des Landes. Aufgabe der KEA-BW ist die aktive Mitwirkung an der Klimaschutzpolitik in Baden-Württemberg: Sie berät Ministerien, Kommunen, kleine und mittelständische Unternehmen sowie kirchliche Einrichtungen bei Energieeinsparung, rationeller Energieverwendung und der Nutzung erneuerbarer Energien. Der Sitz der KEA-BW ist in Karlsruhe.

Die Themenfelder der KEA-BW

Die sechs Kompetenzzentren „Kommunaler Klimaschutz“, „Energiemanagement“, „Contracting“, „Wärmenetze“, „Kraft-Wärme-Kopplung“ und „Zukunft Altbau“ der KEA Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH erstellen Informationsmaterialien und verbreiten sie, bieten kostenfreie Impulsberatungen an, organisieren Veranstaltungen, entwickeln und pflegen einschlägige Netzwerke und beobachten den Markt. Zusammen mit dem im Verbund mit regionalen Einrichtungen wirkenden „Photovoltaik-Netzwerk“ und dem Bereich „Nachhaltige Mobilität“ sollen sie den Klimaschutz in der öffentlichen Verwaltung, insbesondere bei Kommunen, bei Unternehmen, sonstigen Einrichtungen und Privatleuten in Baden-Württemberg weiter voranbringen. Die Kompetenzzentren und das PV-Netzwerk werden vom Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft des Landes finanziert, der Bereich Nachhaltige Mobilität vom Ministerium für Verkehr BW.

www.kea-bw.de

